

P. Brief

[dodis.ch/10069](https://dodis.ch/10069)

Reinhard Hohl an Alfred Zehnder, 20. Dezember 1955

## AUSSENPOLITISCHE DEBATTE; AUFNAHME ÖSTERREICHS IN DIE UNO

In der vergangenen Woche fand im Rahmen der gestern abgeschlossenen Budget-Debatte des Nationalrates über den Staatshaushalt 1956 eine grössere aussenpolitische Aussprache statt. Die Debatte wurde vom Spezialberichterstatter, einem Abgeordneten der Volkspartei, mit dem Hinweis eingeleitet, dass das Budget des auswärtigen Dienstes mit 109,3 Millionen Schilling nur 0,41 % des Gesamtbudgets darstelle und somit wesentlich niedriger sei als dasjenige der meisten anderen Staaten. Das Aussenamt, dessen Apparat im Jahre 1956 60 diplomatische und konsularische Vertretungen und gegen 90 Honorarkonsularagenturen umfassen werde, erfülle somit seine vielseitigen und schwierigen Aufgaben mit einem Minimum an Budgetmitteln.

Im Mittelpunkt der sich daran anschliessenden Diskussion stand erwartungsgemäss das Thema der Neutralität, wobei aber nichts wesentlich Neues gesagt worden ist. Der Vertreter der Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) erwähnte, dass man den Mut haben müsse, klar und deutlich auszusprechen, was die österreichische Neutralität eigentlich bedeute und was sie beinhalte. Sie sei nämlich nicht aus österreichischer Tradition von selbst entstanden, sie sei auch kein aus dem Volke heraus geborenes Anliegen, sondern sie bilde den Kaufpreis für den Staatsvertrag. Die Fraktion der WdU sei dafür, diese Neutralität einzuhalten und vertragstreu zu bleiben. Immerhin dürfe die Neutralität unter keinen Umständen zu einer Isolierung Österreichs führen; die einzige Auffassung von der Neutralität, welcher die WdU zustimmen könne, sei eine solche, die sich auf die militärische Bündnislosigkeit beschränke.

Ähnliche Töne der WdU vernahm man bereits anlässlich der ersten Parlamentssitzung im freien Österreich am 26. Oktober 1955, bei welcher Gelegenheit Abgeordneter Stendebach – wie ich in meinem politischen Brief vom 2. November ausführte – ebenfalls geltend machte, die Neutralitätserklärung sei der Preis für den Staatsvertrag. Auch in der Sitzung des Bundesrates vom 28. Oktober äusserte sich der Vertreter der WdU im gleichen Sinne, was ihm eine energische Zwischenbemerkung von Aussenminister Dr. Figl einbrachte.

Der nächste Redner, der Abgeordnete Stürgkh<sup>181</sup> von der Volkspartei, führte aus, es sei ganz besonders zu begrüssen, dass die vier Signatarmächte des Staatsvertrages nunmehr die österreichische Neutralität anerkannt hätten. Die Aufgabe der österreichischen Aussenpolitik in der Zukunft werde darin bestehen müssen, das

<sup>181</sup> Berthold Stürgkh \* 26.11.1898 Halbenrain/Stmk., † 22.6.1965 Wien; WK, Landwirt, führ. Rolle HW, 1934–1938 Landesstatthalter Stmk., 1939–1945 WM; 1949–1965 Abg. z. NR.

«Haben» im Westen zu pflegen, zu erhalten und zu stärken, und das «Soll» nach dem Osten zu erfüllen. Die Volkspartei sei froh darüber, dass der Staatsvertrag und der anerkannte neutrale Status Österreich aus dem west-östlichen Spannungsfeld herauszuheben geeignet sei. Dieser Umstand werde den historischen, völkerverbindenden europäischen Aufgaben Österreichs zugute kommen.

Der Standpunkt der Sozialisten wurde von dem Abgeordneten Strasser<sup>1182</sup> kurz und bündig wie folgt umrissen: Die Neutralitätspolitik binde die österreichische Regierung, nicht aber den einzelnen Staatsbürger, weil sie eben diesen nicht zu einem geistigen Neutrum machen könne.

Wie zu erwarten war, stellten die Kommunisten den Abschluss des Staatsvertrages als den folgerichtigen Abschluss einer von ihnen angeblich immer befürworteten Entwicklung dar. Die Kommunisten hätten immer der Abkehr vom «kalten Krieg», der Verständigung mit der Sowjetunion und einer Politik der Neutralität das Wort geredet. Nun habe sich diese Politik durchgesetzt, was von der kommunistischen Partei begrüsst werde.

Es ist allgemein aufgefallen, dass Aussenminister Figl, der erst gegen das Ende der Debatte auf der Regierungsbank Platz nahm, in die Diskussionen nicht eingegriffen und auch am Schluss keine Erklärung abgegeben hat.

Die unerwartete Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen, an die hier nach dem sowjetischen Veto nicht mehr geglaubt wurde, hat auf österreichischer Seite eine grosse Befriedigung hervorgerufen. So sehr in Österreich seinerzeit die Wiedererlangung der Freiheit und Selbständigkeit Freude und Stolz ausgelöst hatte, so allgemein erscholl bald nachher der Ruf nach Aufnahme des Landes in die UNO. Für Österreich, das früher so lange Jahrhunderte die Stellung einer Grossmacht innegehabt hatte und später sich mit der Rückendeckung Deutschlands gesichert glaubte, war es, wie immer deutlicher den Äusserungen der Presse aller Schattierungen – mit Ausnahme der kommunistischen – zu entnehmen war, ein unerträglicher Gedanke, plötzlich als frischgebackener neutraler Staat allein auf weiter Flur zu stehen. Wohl war das Beispiel der Schweiz da: Man wies aber daraufhin, dass dieses Beispiel für Österreich, das weder eine traditionelle noch eine bewaffnete Neutralität besitze und zudem ungleich schwierigere Grenzverhältnisse aufweise, nur bedingt massgebend sein könne.

Sogleich nach Bekanntwerden des Beschlusses des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gab denn auch Bundeskanzler Raab eine Erklärung ab, in der er u. a. ausführte, mit der Aufnahme in die UNO werde ein von der österreichischen Bevölkerung mit besonderer Freude begrüsst staatspolitischer Akt vollzogen, der für Österreich von eminenter Bedeutung sei. Die Nachricht von der Aufnahme in die UNO stellte er im Hinblick auf deren Bedeutung für Österreich gleich hin-

**1182** Peter Strasser \* 3.7.1917 Jena, † 6.6.1962 Wien; Techniker, 1929 u. ff Sozialist. Arbeiterjugend, 1938 Emigration Frankreich, 1939 Internierung, 1940 Flucht, Verhft., Überstellung nach Deutschland, Haft; 1946 Mitbgr. u. 1946–1954 Vors. Sozialist. Jugend Österreichs; 1949–1962 Abg. z. NR, SPÖ, 1956–1962 Europarat.

ter die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages. Auch Vizekanzler Dr. Schärff, Aussenminister Dr. Figl und Staatssekretär Dr. Kreisky äusserten sich in ähnlichem Sinne. Es wird dabei immer unterstrichen, dass es für ein Land, das sich zu einer militärischen Neutralität bekannt habe, von besonderer Wichtigkeit sei, der UNO anzugehören, da diese Mitgliedschaft gleichsam eine Sicherung und Unterstreichung der Aussenpolitik dieses Landes darstelle.

Die Frage der Errichtung einer ständigen österreichischen Delegation am Sitz der UNO in New York soll dem Vernehmen nach an einem der nächsten Ministerräte geregelt werden. Bis dahin war Österreich durch einen Beobachter, den Gesandten Waldheim,<sup>1183</sup> vertreten, der wahrscheinlich durch den bisherigen Leiter der Abteilung für Internationale Organisationen des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten, Gesandten Matsch, abgelöst werden wird.

---

**1183** Kurt Waldheim \* 21.12.1918 St. Andrä-Wördern/NÖ, † 14.6.2007 Wien; Dr. jur.; 1938 Reiter-SA, 1939–1945 WM; 1945 u. ff BKA/AA, 1948–1951 Paris, 1951–1955 BKA/AA, 1955 LegR. II. Kl., 1955/56 Ständ. UN-Beobachter, 1956–1960 Ges. Ottawa, 1960–1962 Ltr. Westabt. BM für Ausw. Angel., 1962–1964 ebd. Polit. Dir., 1964–1968 u. 1970/71 UN-Botsch. 19.1.1968–21.4.1970 BMin. für Ausw. Angel., 1.1.1972–31.12.1981 UN-GSekr., 8.7.1986–8.7.1992 BPräs. – Kurt Waldheim, Der österreichische Weg. Aus der Isolation zur Neutralität, Wien u. a. <sup>2</sup>1971; Österreichs Spitzendiplomaten.